

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Freisinger Stadtrat

An
Oberbürgermeister
Tobias Eschenbacher
Rathaus Freising
Marktplatz 1
85354 Freising

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Freisinger Stadtrat

Susanne Günther
Fraktionssprecherin
Kulturreferentin

susanne.guenther@gruene-
freising.de

Freising, 11. September 2020

Antrag: Freising als „sicherer Hafen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag:

Die Stadt Freising unterstützt wie zahlreiche anderen Städte die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“ und erklärt sich zum „sicheren Hafen“. Diese Entscheidung umfasst:

1. sich mit Menschen auf der Flucht und der Seenotrettung von Geflüchteten solidarisch zu erklären.
2. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu positionieren und diese nach Möglichkeit zu unterstützen, beispielsweise mit Öffentlichkeitsarbeit.
3. sich gegenüber dem Freistaat Bayern und der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Menschen auf der Flucht einzusetzen und dazu selbst Aufnahmeplätze zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anzubieten (Humanitäre Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme der Bundesländern nach §23 AufenthG). Die Stadtverwaltung möge darlegen, welche und wie viele Kapazitäten dafür mittel- und langfristig zur Verfügung stehen.
4. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges Ankommen zu sorgen. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.
5. für Bleibeperspektiven einzutreten und sich im Rahmen der Möglichkeiten gegen Abschiebungen einzusetzen. Freising ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich Solidarische Stadt für alle Menschen.
6. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einzusetzen, mit denen die Kommunen die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.

7. Transparenz in Bezug auf den Umgang mit Geflüchteten und die Veröffentlichung unternommener Handlungen

Begründung:

Anfang September brach in Moria - Europas größtem Auffanglager für Geflüchtete auf der griechischen Insel Lesbos - ein Feuer aus, welches das komplette Camp zerstörte und über 13.000 Menschen von einem auf den anderen Tag obdachlos machte. Auch vorher wurde die Lage vor Ort von zahlreichen Hilfsorganisationen vielfach kritisiert, denn das für ursprünglich 3.000 Menschen erbaute Auffanglager beherbergte zwischenzeitlich fast 20.000 Geflüchtete. Besonders die mangelhaften Hygienebedingungen und die äußerst eingeschränkte medizinischen Hilfsmöglichkeiten sorgten für unhaltbare Lebensbedingungen in diesem Lager, die Sicherheit der Geflüchteten wurde durch die Corona-Pandemie zusätzlich stark gefährdet. NGO's, die in Moria im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe leisten und die Situation vor Ort seit Jahren genau kennen und einzuschätzen wissen, fordern seit Langem die Evakuierung des Camps und eine menschenwürdige Unterbringung auf dem europäischen Festland.

Die grundsätzlich schon schwierige Lage dort hat sich durch den Brand nun noch massiv verschärft. Tausende Menschen wurden obdachlos, Covid-19 ist erneut ausgebrochen und ohne ausreichende medizinische und humanitäre Unterstützung wird sich diese Situation in verheerendem Maße weiterentwickeln. Eine gesamteuropäische Lösung ist trotz allem nicht in Sicht.

Gleichzeitig haben sich über 170 Städte und Kommunen allein in Deutschland zum sicheren Hafen erklärt und damit ihre Bereitschaft gezeigt, Geflüchtete aufzunehmen. Allerdings dürfen deutsche Kommunen und Bundesländer solche Aufnahmeprogramme nur mit Zustimmung der Bundesregierung aufnehmen, das Bundesinnenministerium lehnte das bislang aber grundsätzlich ab. Deshalb – und besonders mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft, die Deutschland aktuell innehat – ist es wichtiger denn je politische Zeichen zu setzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Ein sicherer Hafen zu werden hat große Signalwirkung auf Bundesebene und andere Kommunen, bietet vielfältige Möglichkeiten zum Austausch mit anderen Teilnehmenden Städten und Gemeinden und zeigt: die europäische Idee bedeutet Solidarität und Hilfsbereitschaft, auch in schwierigen Situationen.

**Die „Seebrücke“ ist eine internationale Initiative, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft. Gegründet wurde sie im Juni 2018, als das Schiff „Lifeline“ mit 234 Menschen an Bord tagelang auf hoher See ausharren musste und in keinem europäischen Hafen anlegen konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehrere Städte und Länder angeboten, die Menschen von der „Lifeline“ aufzunehmen. Seit Herbst 2018 haben sich deutschlandweit mehr als 170 Kommunen zu Sicheren Häfen erklärt. Auch wenn die jeweiligen Erklärungen unterschiedlich weit gehen, zeigen die Ratsbeschlüsse, dass sich Städte, Gemeinden und Landkreise gegen das Sterben im Mittelmeer und die Kriminalisierung der Seenotretter*innen engagieren.*

Weitere Informationen zu der Initiative und Sicheren Häfen gibt es unter www.seebruecke.org

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Günther
Fraktionssprecherin

Joana Bayraktar
Stadträtin